

Kampf gegen Drogen in Ecuador

tjb. SÃO PAULO. In Ecuador sind vier Kriminelle in Polizeiumform gewaltsam in ein Lagerhaus der Polizei eingedrungen und haben rund 2,8 Tonnen Rauschgift entwendet. Der Leiter der nationalen Drogenbekämpfung bestätigte den Vorfall am Sonntag. Demnach sollen die Täter einen Wachmann überwältigt und die Sicherheitstüren des Lagerhauses aufgebrochen haben. Anschließend flüchteten sie mit der Beute in einem Lastwagen. Nach Polizeiangaben gelang es den Ermittlern später, drei Verdächtige festzunehmen und den Lastwagen mit der Beute sicherzustellen.

Ecuador, das an die beiden wichtigen Produktionsländer Kolumbien und Peru angrenzt, gilt als ein bedeutender Transitkorridor und Umschlagplatz für Kokain, das von Südamerika aus vor allem in die Vereinigten Staaten und nach Europa transportiert wird. Die Rauschgiftfunde in Ecuador haben zugenommen. Zuletzt entdeckten die Behörden Anfang dieses Monats im Hafen von Guayaquil rund drei Tonnen Kokain in Bananen-Containern. Im ersten Quartal dieses Jahres wurden im Land mehr als 50 Tonnen Rauschgift, hauptsächlich Kokain, sichergestellt.

Die Rivalität zwischen verschiedenen am Rauschgifthandel beteiligten Gruppen und Organisationen wird auch für einen massiven Anstieg der Gewaltverbrechen in Ecuador verantwortlich gemacht. Laut Statistiken der Regierung stieg die Zahl der Morde in Ecuador im vergangenen Jahr um mehr als 80 Prozent auf rund 2500.

Auch in den Gefängnissen des Landes hat sich die zunehmende Gewaltbereitschaft bemerkbar gemacht. Bei mehreren Gefängnisrevolten wurden in den vergangenen Monaten mehr als 300 Häftlinge getötet. Im vergangenen Oktober hatte der konservative Präsident Guillermo Lasso wegen der Gewalttätigkeiten im Ausnahmezustand ausgerufen und die Armee auf die Straßen beordert, um der Gewalt Einhalt zu gebieten.

Gerade in Guayaquil und in der nahe gelegenen Vorstadt Duran tobte jedoch weiterhin ein heftiger Kampf zwischen Banden. Mehrmals war es in den vergangenen Monaten zu heftigen Schießereien am helllichten Tage gekommen, was man in Ecuador zuvor nicht erlebt hatte. Ende Februar wurde in Guayaquil eine Leiche aus einem fahrenden Fahrzeug geworfen, gefolgt von deren abgetrenntem Kopf. Sechs Tage zuvor wurden in Duran die Leichen von zwei Männern mit Handschellen an einer Fußgängerbrücke aufgehängt gefunden. Es sind Einschüchterungstaktiken, die man vor allem aus Mexiko kennt. Laut den ecuadorianischen Behörden gibt es weitere Hinweise darauf, dass mexikanische Rauschgiftkartelle im Land Fuß gefasst haben.

Leiche Peggys beigesetzt

dpa. LICHTENBERG. Vor knapp 21 Jahren verschwand die damals neun Jahre alte Peggy in Oberfranken – nun wurden ihre sterblichen Überreste bestattet. Wie Anwältin Ramona Hoyer im Auftrag der Familie am Montag mitteilte, fand die Bestattung am 6. April an einem geheimen Ort statt. „Wir wünschen uns, dass Ruhe einkehrt und uns der Raum zum Trauern gegeben wird“, heißt es in der Erklärung von Peggys Familie.

Der Fall Peggy zählt zu den spektakulärsten Kriminalfällen Deutschlands mit etlichen Wendungen. Im Mai 2001 verschwand das Mädchen nach der Schule im oberfränkischen Lichtenberg (Landkreis Hof). Eine groß angelegte Suchaktion blieb erfolglos. Die Polizei verfolgte etliche Spuren bis in die Tschechische Republik und in die Türkei. Peggy blieb verschwunden.

2004 war zwar ein geistig behinderter Mann als Peggys Mörder verurteilt worden, in einem Wiederaufnahmeverfahren kam er zehn Jahre später wieder frei. Erst 15 Jahre nach dem Verschwinden fand ein Pilzsammler in einem Waldstück an der Grenze zwischen Bayern und Thüringen Peggys Leiche. Auch das brachte bei den Ermittlungen keinen Durchbruch. Eine DNA-Spur am Leichenfundort brachte den Fall sogar vorübergehend mit den Verbrechen der rechtsextremen Terrorzelle NSU in Verbindung, was sich dann als Panne der Kriminaltechnik herausstellte. Die DNA des NSU-Terroristen Uwe Böhnhardt war durch einen verunreinigten Zollstock an Peggys Fundort gelangt.

Ein weiterer Verdächtiger rückte in den Fokus der Polizei. Er gab zunächst zwar zu, Peggys Leiche in das Waldstück gebracht zu haben, widerrief später aber dieses Geständnis und kam auf freien Fuß. Seit Oktober 2020 ist der Fall Peggy ein „Cold Case“.



Wiedervereinigung in Polen: Aleksandra Khadzhyanova schließt ihre Mutter Tatjana und ihre Schwester Karina, die aus der Ukraine geflohen sind, in die Arme.

Foto Niklas Görke

Sie möchten nicht befreit werden

Kein Strom, kein Wasser und irgendwann für eine Minute Internet: Tatjana Khadzhyanova und ihrer Tochter gelang die Flucht aus Mariupol.

Von Eva Schläfer, Frankfurt

Am meisten, sagt Tatjana Khadzhyanova, sei sie darüber erschrocken gewesen, wie schnell sie sich an den Gedanken gewöhnt habe, dass sie sterben könnte. Die 51 Jahre alte Frau sitzt an einem Wohnzimmerisch in Frankfurt, doch ihr Kopf und ihr Herz sind noch immer im belagerten Mariupol, ihrer Heimatstadt, die sie am 16. März verließ – gemeinsam mit der zwölf Jahre alten Tochter Karina und Kater Bonifatius. Ihre 77 Jahre alte Mutter blieb zurück, sie weigert sich zu gehen. „Oma geht es ums Prinzip“, sagt Aleksandra, die ältere Tochter von Tatjana, die seit 2018 in Frankfurt lebt und hier studiert. Kontakt zur Großmutter haben sie nicht. Schon seit Ende Februar gibt es für die Menschen, die sich in Mariupol aufhalten, keine Handy-Verbindungen mehr.

Die Bevölkerung Mariupols – von einst 440 000 Einwohnern sind schätzungsweise noch etwa 150 000 Personen in der Stadt – ist in diesem Krieg besonders gebeutelt. Seit dem 25. Februar toben fast ununterbrochen Kämpfe. Tagsüber, berichtet Khadzhyanova, habe es maximal 30 Minuten Angriffsruhe gegeben, dann seien die nächsten Flugzeuge gekommen, wieder Detonationen zu hören gewesen. Nachts habe das russische Militär zwischen ein und vier Uhr eine „Pause“ gemacht. Am

26. Februar ging sie das letzte Mal einkaufen, stand in einer langen Schlange vor dem Supermarkt, als Kampfflieger kamen und sich alle auf den Boden warfen. Vom 1. März an, so erzählen Tatjana und Karina Khadzhyanova, kam kein Strom mehr aus den Steckdosen, kein Wasser aus den Hähnen. Am 5. März war auch das Gas weg.

Es ist eine humanitäre Katastrophe, die sich in Mariupol abspielt, der Stadt am Asowschen Meer, die mit ihrem Hafen eine strategische Bedeutung für die Ukraine hat. Größere Teile des Südens der Ukraine sind unter russischer Besatzung; Konvois, die Lebensmittel und Hilfsgüter in die wohl teilweise eroberte Stadt bringen könnten, werden nicht durchgelassen. Präsident Wolodymyr Selenskyj sagte am Montag in einer Videobotschaft an das südkoreanische Parlament, es gebe Zehntausende Tote in Mariupol.

Tatjana Khadzhyanova erzählt, dass sie die ersten Tage nach Kriegsbeginn vor allem im Keller ihres neunstöckigen Hauses verbrachten, der Platz für bis zu 100 Personen bot. Dort gab es Stühle und Decken. In den Tagen im Keller seien sie fassungslos über die Intensität des Krieges gewesen. Tochter Aleksandra sagt, die Menschen in Mariupol, das an den Donbass grenzt, hätten sich durchaus vorbereitet auf eine Krise, Wasser, Nudeln, Süßigkeiten auf Vorrat gekauft. „Aber alle dachten, wenn etwas passiert, dann so wie in Donezk.“ In der Stadt im Donbass hatte es in den vergangenen Jahren immer wieder Gefechte gegeben, aber es waren keine schweren Waffen eingesetzt worden.

Am 6. März hörten Tatjana und Karina Khadzhyanova von Verhandlungen zwischen ukrainischer und russischer Seite – und dass während dieser Verhandlungen eine Art Waffenstillstand gelten solle. Die Mutter entschied, diese Chance zu nutzen, um in einen Bunker in der Nähe des Hafens „umzuziehen“. Sie packten zwei Rucksäcke mit wichtigen Dokumenten, Essen, Unterwäsche. Kater Bonifatius ließen sie schweren Herzens zurück in der Wohnung, ver-

sorgt mit reichlich Futter. Auf dem Weg zum Bunker liefen sie rund eine Stunde durch die Stadt. Es regnete Asche vom Himmel. Viele Gebäude waren von Bomben getroffen, sie sahen Tote. Am Bunker angekommen, befanden sich dort schon rund 300 Personen. „Es war so eng, dass wir nur stehen konnten“, sagt Tatjana Khadzhyanova. Zudem hätten viele der Kinder im Bunker geweint, die Situation sei auch psychisch sehr anstrengend gewesen. Deshalb verließen sie den Schutzraum bald wieder und kamen unter bei Tatjana Khadzhyanovas Schwester, die mit ihren zwei kleinen Kindern in einer Wohnung direkt über dem Bunker lebt.

Die nächsten zehn Tage hielten sie sich vor allem in dieser Wohnung auf. Tatjana Khadzhyanova ging ab und zu vor die Tür, um etwas zu essen und zu trinken zu organisieren. Von Mitgliedern der ukrainischen Territorialverteidigung bekam sie für Karina und sich anderthalb Liter Wasser am Tag. Mit fremden Menschen buk sie über einem Lagerfeuer Brot aus Mehl, Hefe und geschmolzenem Schnee. Alle hätten auf humanitäre Hilfe gewartet, erzählt sie. Als keine kam, dachten sie, die Ukraine sei von den Russen eingenommen worden. Nur sie in Mariupol würden noch Widerstand leisten. Es habe große Einigkeit unter den Menschen geherrscht.

Auch am 15. März ging sie zum Kochen auf die Straße, nachdem es am Himmel mehr als eine halbe Stunde lang ruhig gewesen war. Tatjana Khadzhyanova sah, dass Menschen ihre Autos gepackt, behaupteten, es gebe einen Fluchtkorridor. Gemeinsam mit ihrer Schwester entschied sie, Vorkehrungen zu treffen, um einen möglichen nächsten Fluchtkorridor nutzen zu können. Sie holte ihr Auto aus der Garage, das glücklicherweise noch unverseht war, brachte weiße Stoffbahnen als Signal für ihre Friedfertigkeit an. Als sie am nächsten Morgen, kurz bevor das Theater bombardiert wurde, eine abermächtige längere Feuerpause bemerkten, ergriffen sie ihre Chance und verließen die Stadt: die

Schwester mit ihren beiden Kindern in einem Auto, Tatjana und Karina mit Kater Bonifatius im anderen. „Mariupol sah aus wie eine Wüste“, sagt Khadzhyanova.

Die Fahrt ins 80 Kilometer entfernte Berdjansk durch russisch besetztes Gebiet dauerte 18 Stunden; ein Auto reichte sich an das andere. Aleksandra Khadzhyanova sagt, Mutter und Schwester, Tante und Nichten seien unter den ersten 40 000 gewesen, denen die Flucht gelang. An unzähligen russischen Kontrollstationen mussten sie das Auto verlassen. Sie sahen Wagen am Straßenrand, die beschossen oder durch Minen gesprengt worden waren.

Um drei Uhr nachts fand Tatjana Khadzhyanova in Berdjansk eine Stelle, an der sie Internetempfang hatte. Weniger als eine Minute hielt die Verbindung zu Tochter Aleksandra in Frankfurt, doch nach 17 Tagen Schweigen war das genug: „Ich hatte vorher ausreichend Zeit, mir zu überlegen, was ich ihnen sage“, so die Studentin der Literaturwissenschaften. Sie nannte den Namen der kleinen ukrainischen Ortschaft Krakowez; auf dieser Höhe würden sie sich an der Grenze zu Polen treffen. Es sollte elf weitere Tage dauern, bis sie sich dort in die Arme fielen.

Für ihre Mutter, sagt Aleksandra Khadzhyanova, sei es noch zu früh, sich Gedanken darüber zu machen, wie es weitergehen soll, sie stehe noch unter dem Schock des plötzlichen Verlusts ihres bisherigen Lebens. Als sie die Frage, ob sie eine Erklärung für Putins Überfall habe, beantwortet, laufen ihr Tränen über die Wangen. „Ich frage mich das seit sechs Wochen jeden Tag“, sagt Tatjana Khadzhyanova. „Putin hat in seiner Rede gesagt, er will die russischsprachigen Ukrainer befreien. 99 Prozent der Einwohner Mariupols sind russischsprachig. Keiner von uns möchte befreit werden.“ Und Aleksandra ergänzt, auch unter dem Eindruck der Gräueltaten von Butscha: „Die Menschen aus Mariupol sagen: ‚Wir wollen gar nicht wissen, was alles ans Licht kommt, wenn unsere Stadt nicht mehr belagert wird.‘“

Schweizer Impfc hef entführt

rit. ZÜRICH. Der Präsident der Schweizer Impfkommision, Christoph Berger, ist Ende März Opfer einer Entführung geworden. Dies gab der 59 Jahre alte Arzt in einer persönlichen Stellungnahme bekannt. „Der Entführer hatte mich eine gute Stunde in seiner Gewalt. Er hat mich in dieser Zeit mit der Forderung eines substantiellen Geldbetrags konfrontiert“, schrieb Berger.

Der Leiter der Abteilung Infektiologie und Spitalhygiene am Kinderspital Zürich bestätigte mit der Stellungnahme entsprechende Berichte von Medien, die im Zusammenhang mit einer Schießerei in Wallisellen im Kanton Zürich auf Berger gestoßen waren. Wie berichtet, wollte die Kantonspolizei am vergangenen Mittwoch einen 38 Jahre alten Deutschen festnehmen, der verdächtigt wurde, eine – zu der Zeit namentlich nicht genannte – Person bedroht und entführt zu haben. Als die Ermittler auf den mutmaßlichen Entführer trafen, erschoss dieser seine 28 Jahre alte Freundin und eröffnete dann das Feuer auf die Polizisten. Diese schossen zurück und töteten den Mann.

In Zeitungen wurde die Entführung mit Bergers Rolle als Impfkommmissionschef während der Pandemie in Verbindung gebracht. Als Impfbefürworter war der Arzt vielen Anfeindungen aus dem Lager der Corona-Skeptiker ausgesetzt. Laut Berger widerspricht dieses Narrativ seinem persönlichen Erleben während der Entführung. Bei der Begegnung mit dem Täter hätten einzig dessen wirtschaftliche Interessen im Vordergrund gestanden. Nachdem Berger dem Entführer zugesichert hatte, die Forderungen zu erfüllen, ließ dieser ihn laufen.

Kurze Meldungen

Elliott entschuldigt sich

Der kalifornische Schauspieler Sam Elliott hat sich entschuldigt, nachdem er den Western „The Power of the Dog“ wegen Anspielungen auf Homosexualität als „Stück Scheiße“ beschimpft hatte. „Ich bitte alle Schauspieler des Films um Verzeihung. Sie sind alle brillant, besonders Benedict Cumberbatch“, sagte Elliott am Sonntag. Der Siebenundsiebzigjährige hatte sich auch über die später mit einem Oscar ausgezeichnete Regisseurin Jane Campion empört. Als Neuseeländerin habe sie kein Verständnis für den amerikanischen Westen. Campion tat Elliotts Tirade später als „Hatrick aus Frauenfeindlichkeit, Fremdenhass und Homophobie“ ab. ch.

Eberhofer setzt sich durch

Gut vier Jahre lang hat ein Wildschwein in Oberfranken den Namen „Putin“ getragen – wegen des russischen Angriffskriegs in der Ukraine ist damit nun aber Schluss. Der russisch-



Foto dpa

stämmige Keiler (unser Bild) wird künftig „Eberhofer“ heißen. Der Name setzte sich bei einer Online-Abstimmung durch, wie der Wildpark Waldhaus Mehlmeisel am Sonntagabend bekannt gab. dpa

Kardashian setzt sich ein

Kim Kardashian will eine texanische Todeskandidatin vor der Giftspritze bewahren. Die Reality-Darstellerin bat Greg Abbott, den republikanischen Gouverneur von Texas, die 53 Jahre alte Melissa Lucio nicht wie geplant am 27. April hinrichten zu lassen. Kardashian verwies auf umstrittene Beweise während des Mordprozesses vor fast 15 Jahren. Die Staatsanwaltschaft hatte damals Anklage gegen Lucio, Mutter von 14 Kindern, erhoben, nachdem ihre zwei Jahre alte Tochter nach schweren Verletzungen verstorben war. Der Polizei hatte Lucio gesagt, das Mädchen sei die Treppe hinuntergefallen. Die Obduktion zeigte jedoch, dass Mariah in den Wochen vor ihrem Tod schwer misshandelt worden war. Während eines Verhörs sagte Lucio aus, „wohl verantwortlich“ für Mariahs Tod zu sein. Die Anklage wertete dies als Geständnis. Nach einem Begnadigungsantrag der Familie soll nun entschieden werden, ob die Todesstrafe aufgehoben wird. ch.

Ein riesiger Zoo der toten Tiere

Bei Valencia entdeckte die Polizei mehr als tausend ausgestopfte Tiere – Hunderte stehen unter Artenschutz

MADRID. Als sich die Tore vergangene Woche öffneten, fanden sich die Beamten in einem riesigen Zoo der toten Tiere wieder. Auch am Montag hatten sie noch damit zu tun, sich einen Überblick zu verschaffen. Nach monatelangen Ermittlungen waren Sonderermittler der Guardia Civil in Bétera, rund 20 Kilometer nordwestlich von Valencia, auf 1090 ausgestopfte Tiere gestoßen. Ihr Wert wird auf mehr als 29 Millionen Euro geschätzt. „Das ist der größte Fund geschützter Arten auf nationaler Ebene und einer der größten in Europa“, teilte die spanische Polizei mit.

Die Entdeckung ist vor allem wegen der großen Zahl der Exemplare beunruhigend, die durch das Washingtoner Artenschutzübereinkommen über den Handel mit gefährdeten Arten frei lebender Tiere und Pflanzen (Cites) geschützt sind. Insgesamt waren es 405, von denen einige ausgestopft sind, wie das Präparat einer Säbelantilope, die einst in der Sahara lebte. Die Polizisten fanden auch ein Exemplar der Mendesantilope, die auf der Roten Liste der Weltnaturschutzunion (IUCN) steht. Von ihr haben weniger als 100 Exemplare in freier Wildbahn überlebt. Ähnlich bedroht sind bengalische Tiger, deren Lebensraum immer weiter schrumpft. Zu den Präparaten zählten neben diesem Tigerart laut Guardia Civil auch weitere Tiere mit unterschiedlichen Schutzstufen wie Leopard, Löwe, Gepard, Eisbär, Schneeleopard,

Breitmaulnashorn und Luchs. Dazu kamen 198 Stoßzähne von Elefanten. Mehrere Hundert Fundstücke müssen erst noch identifiziert werden.

Die Präparate wurden zum größten Teil in einer 50 000 Quadratmeter großen Halle entdeckt, deren Größe sieben Fußballfeldern entspricht. Sie war wie ein Museum

mit Naturszenen an den Wänden gestaltet. Bei der Durchsuchung wurden auch Hocker aus Elefantenbeinen, ein Sofa mit Krokodilhaut und andere Möbelstücke gefunden. „Wir dachten, die Sammlung würde groß sein, aber als wir die Halle betraten, übertraf sie unsere Erwartungen bei Weitem. Es war eine danteske Szene“,

sagte der Leiter der Polizeieinheit Umweltschutz (SEPRONA) in Valencia. Die Operation Valcites, deren Namen auf das Artenschutzabkommen Cites anspielt, lief schon seit November. Damals hatten die spanischen Ermittler einen ersten Hinweis auf die Sammlung bekommen. Auch die europäische Polizeibehörde Europol unterstützte sie bei ihrer Arbeit.

Vor wenigen Tagen war nach spanischen Presseberichten ein Ermittlungsverfahren gegen einen der Söhne eines bekannten valencianischen Geschäftsmanns wegen Schmuggels und des Verstoßes gegen den Artenschutz eröffnet worden; ihm könnte eine mehrjährige Freiheitsstrafe drohen. Der Beschuldigte habe mitgeteilt, er habe den größten Teil der Sammlung von seinem Vater geerbt. Die Polizei selbst machte keine näheren Angaben und teilte nur mit, dass sie die Dokumente überprüfe, die der Eigentümer vorgelegt habe.

„Der schwierige Teil der Operation beginnt erst jetzt“, heißt es in Valencia. Die Beamten versuchen herauszufinden, wie die getöteten Tiere aus so weit entfernten Ländern wie Kanada, Iran, Afghanistan und Sibirien nach Spanien gelangen konnten, ohne dass der Zoll oder Präparatoren misstrauisch wurden. Am Ende könnten sie wegen ihres guten Erhaltungszustands in einem naturkundlichen Museum landen, das dann auch der Öffentlichkeit zugänglich ist. HANS-CHRISTIAN RÖSSLER



Wie im Museum: Präparate vor Wänden mit Naturszenen

Foto Guardia Civil